



ACTION PAPER

# Climate Action Paper

---

Arbeitsgruppe Jugend & Klimaaußenpolitik

NOVEMBER 2023





**Seit Frühjahr 2023 organisieren sich in der Arbeitsgruppe Jugend & Klimaaußenpolitik junge klimapolitisch engagierte Menschen aus verschiedenen zivilgesellschaftlich und klimapolitisch relevanten Institutionen und Initiativen.**

**Die AG setzt sich zusammen aus Vertreter:innen von Jugendverbänden und Aktivist:innen.**

**Damit soll die Möglichkeit geboten werden, dass die junge Generation in einem strukturierten, politiknahen Prozess gemeinsame Ideen entwickelt sowie konkrete Positionen und Handlungsempfehlungen erarbeitet, die u.a. von der deutschen Bundesregierung angehört werden und unmittelbar in die entscheidenden Phasen der klimapolitischen Verhandlungen einfließen können.**

**An der COP28 in Dubai können im Rahmen des Projekts Climate Connaction erstmals drei Jugenddelegierte als Mitglieder der deutschen COP-Delegation teilnehmen.**

**Die AG ist ein Pilotprojekt unter Trägerschaft des Progressiven Zentrums im Rahmen des Projekts Climate Connaction und mit Unterstützung durch das Auswärtige Amt.**

---

# Executive Summary

Die Beteiligung der Zivilgesellschaft ist für das Gelingen einer gerechten und globalen Transformation essenziell. Dies gilt insbesondere für diejenigen Menschen, die von der Klimakrise am meisten betroffen sind (*Most affected peoples and areas*, MAPA). Die Stimmen dieser Menschen führen uns vor Augen, dass die Auswirkungen der Klimakrise an vielen Orten der Welt bereits heute bitter und massiv sind. Doch gerade diesen Menschen wird häufig das Einbringen ihrer Stimme erschwert oder unmöglich gemacht: Zugänge zu Visa werden versperrt oder Klimaaktivist:innen in ihren Heimatländern Repressalien ausgesetzt. Auch in Europa wird der Handlungsspielraum für Klimaaktivist:innen zunehmend eingeschränkt.



**Wer die Zivilgesellschaft ausschließt oder marginalisiert, verhindert soziale, gerechte und nachhaltige Entwicklung.**

Es müssen besondere Strukturen geschaffen werden, um die Sicherheit betroffener Menschen und von Teilnehmenden auf internationalen Klimakonferenzen zu gewährleisten. Darüber hinaus müssen junge Menschen, deren Zukunft von der Klimakrise bedroht ist, in entscheidenden Prozessen ihre Stimme einbringen können und gehört werden. Die Beteiligung junger Menschen aus der deutschen Zivilgesellschaft muss erhalten und ausgebaut werden.

**Die AG fordert in ihrem Climate Action Paper:**

**Auf der COP28 muss ein schnellstmöglicher, fairer und vollständiger Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern – Kohle, Öl und Gas – im Rahmen sozial gerechter Transformationen für alle Sektoren beschlossen werden.** Dieser Ausstieg darf keine Schlupflöcher für Scheinlösungen, wie *Carbon Capture & Storage* (CCS), fossiles Erdgas und Wasserstoff offenlassen, die einen schnellen Wandel verzögern und einen fossilen Lock-In zur Folge hätten. Der *Global Stock Take* (GST) muss zu einer deutlichen Ambitionssteigerung führen – bisherige Zusagen sind mit dem 1,5 Grad-Ziel des Pariser Abkommens nicht vereinbar.

**Die 100 Milliarden USD-Verpflichtung zur Klimafinanzierung muss eingehalten werden.** Das *New Collective Quantified Goal on Climate Finance* (NCQG) muss sich grundlegend davon unterscheiden, indem es die tatsächlichen Bedürfnisse von Entwicklungsländern und gefährdeten Gemeinschaften berücksichtigt. Das Quantum muss im Einklang mit dem GST-Prozess periodisch aktualisiert werden. Bis zur COP29 sollte ein ehrgeiziger Zeitplan für die Erreichung der in Artikel 2.1c umrissenen Ziele vorgelegt werden, der Schuldenerlasse und Kreditverbesserungen mit einschließt.

**Den Leitlinien einer menschenrechtsbasierten, feministischen Außenpolitik folgend, muss der *Loss and Damage Fund* (LDF) auf der COP28 unter Beteiligung der Zivilgesellschaft operationalisiert werden.** Eine dauerhafte Ansiedlung des LDF bei der Weltbank steht im Widerspruch zu einem niedrigschwelligen Zugang für alle von Klimaschäden betroffenen Staaten ("accessibility"). Zudem müssen Hauptverursacher für eine ausreichende Finanzierung des LDF sorgen und Gelder für die gesellschaftliche Transformation bereitstellen.



# Inhalt

<b>1. Einleitung</b>	<b>6</b>
Der Klimawandel als historisch gewachsene Krise	7
Klimagerechtigkeit – Was ist das?	8
<b>2. Partizipation</b>	<b>9</b>
<b>3. Minderung &amp; Anpassung</b>	<b>10</b>
<b>4. Scheinlösungen</b>	<b>12</b>
CCS	13
Häufigste Probleme bei Marktmechanismen im Klimaschutz	14
Wasserstofffarben	15
<b>5. Just Transition</b>	<b>17</b>
<b>6. Klimafinanzierungsziele</b>	<b>20</b>
Die 100-Milliarden-USD-Verpflichtung	20
New Collective Quantified Goal (NCQG)	21
Artikel 2.1c	21
<b>7. Verluste &amp; Schäden</b>	<b>22</b>
<b>8. Klimasicherheit</b>	<b>24</b>
Intersektionalität	24
FLINTA*	24
<b>Autor:innen</b>	<b>26</b>
<b>Projektträger</b>	<b>26</b>
<b>Impressum</b>	<b>26</b>

# 1. Einleitung

Im heißesten bisher gemessenen Jahr wird auf der COP28 die Zukunft von über acht Milliarden Menschen verhandelt. Dabei spielen globale Verteilungsfragen auf dieser Konferenz eine zentrale Rolle, die nicht erst mit der Industrialisierung relevant wurden. Ohne die vorangegangene territoriale Expansion europäischer Staaten und die damit verbundene Ausbeutung ihrer Kolonien wäre das umfassende ökonomische Wachstum in Ländern wie Deutschland während der vergangenen Jahrhunderte nicht möglich gewesen. Die massive Ungerechtigkeit und Ausbeutung von Mensch und Natur, die sich daraus ergab, setzt sich bis in heutige Strukturen fort und steht damit am Beginn der heutigen Auseinandersetzung mit internationaler Klimapolitik.<sup>1</sup>

Unsere Vergangenheit als ehemalige Kolonialmacht und als einer der größten historischen Emittenten verpflichtet Deutschland dazu, globale Verantwortung zu übernehmen. Auf der kommenden COP28 müssen sich Deutschland und die Europäische Union

aktiv für eine gerechte Verteilung von Lasten in der Klimafinanzierung, Minderung und Anpassung sowie Schäden und Verlusten einsetzen. Dies bedeutet, sofort massive weitere Emissionsreduktionen im europäischen NDC zu verankern, nationale Ziele nachzuschärfen und vor allem umzusetzen. Außerdem muss die Europäische Union ihre Zusagen für die finanzielle und technologische Unterstützung anderer Staaten erhöhen und die Forderungen derjenigen unterstützen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind. Der bisherige Beitrag Deutschlands ist in diesen Bereichen unzureichend.

Die Klimakrise muss als eine wirtschaftliche und soziale Krise verstanden werden, die in unserer globalisierten Welt nur dann gelöst werden kann, wenn Ansätze auf lokaler oder nationaler Ebene immer mit Lösungsansätzen auf globaler Ebene und in anderen Ländern der Welt verknüpft werden. Betrachten wir unseren Umgang mit der Klimakrise nur isoliert in Deutschland, wird diese Transformation nicht nur in anderen Ländern, sondern auch bei uns scheitern. Auch darf die Klimakrise nicht isoliert von der globalen Biodiversitäts- und Ressourcenkrise betrachtet werden. Tragfähige Lösungen für die Klimakrise müssen gemeinsame Antworten auf alle drei planetaren Umweltkrisen beinhalten.

<sup>1</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (2022): Sixth Assessment Report. Headline Statements from the Summary for Policymakers, [online] [https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC\\_AR6\\_WGII\\_HeadlineStatements.pdf](https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_HeadlineStatements.pdf) [03.11.2023].

## Der Klimawandel als historisch gewachsene Krise

Mit der Entdeckung Amerikas durch Christopher Kolumbus im Jahre 1492 begann der europäische Kolonialismus und die damit einhergehende systematische und zerstörerische Ausbeutung des Globalen Südens. Beim Kolonialismus handelt es sich um eine Herrschaftsbeziehung, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und durchgesetzt werden.<sup>2</sup> Im Rahmen des europäischen Kolonialismus spielte Deutschland eine wichtige Rolle, zwischenzeitlich als drittgrößte Kolonialmacht. Von 1884 bis 1885 trafen sich die europäischen Kolonialmächte im Rahmen der Berliner Konferenz, um den afrikanischen Kontinent untereinander aufzuteilen. Deutschland bekam insgesamt 13 Kolonien. Ohne die Versklavung von Menschen aus den damaligen Kolonien und den massiven Abbau von Rohstoffen wäre die Akkumulation an Kapital in Europa in

dieser Form nicht möglich gewesen.<sup>3</sup> Versklavt, kolonisiert oder rassifiziert zu werden, prägt die Einbindung von rassifizierten Personen in die westlichen Gesellschaften bis heute.<sup>4</sup> Massive Umweltschäden und Auswirkungen der Klimakrise treten in immer neuen natürlichen und sozialen Dimensionen auf. In den heutigen bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und den ehemaligen Kolonien, wie in der deutschen Wasserstoff-Strategie und der Offensive zum Ausbau der Elektromobilität zu sehen ist, spiegeln sich die historischen Verhältnisse von ungleich verteilten Privilegien wieder und führen zu einer Fortsetzung von postkolonialer Ausbeutung und Benachteiligung. Um die Klimakrise zu bewältigen, kann es nicht nur Lösungen geben, die darauf hinauslaufen, den Klimawandel als solches zu verhindern, sondern auch die sozialen Aspekte der Klimakrise miteinzubeziehen. Klimagerechtigkeit muss eine wichtige Rolle in der Bewältigung der Klimakrise spielen und essenzielle soziale Aspekte miteinschließen.

2 Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Kolonialismus, [online] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/islam-lexikon/21492/kolonialismus/> [03.11.2023].

3 Siehe: Bojadžijev, Manuela (2008): Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster: Westfälisches Dampfboot.

4 Siehe: Bojadžijev, Manuela (2008): Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster: Westfälisches Dampfboot.

## Klimagerechtigkeit – Was ist das?

Klimagerechtigkeit ist zunächst ein großer Sammelbegriff, für den es keine eindeutige Definition gibt. Es handelt sich vielmehr um die Schwerpunktsetzung eines Themas, in dem die menschenzentrierte Bekämpfung der Klimakrise eine wichtige Rolle einnimmt. Der Begriff findet seine Ursprünge im Widerstand von Menschen, die von Umweltzerstörung oder von Umweltrassismus unmittelbar betroffen waren. In den 1980er Jahren begann in den USA die Debatte über die Ungerechtigkeit bezüglich Umweltbelastungen, als Schwarze Menschen gegen die Platzierung einer Giftmülldeponie in ihrer Wohngegend protestierten. Aus diesen Protesten ging die Umweltgerechtigkeitsbewegung hervor.

In den USA haben laut Studien Schwarze Menschen eine 5-mal höhere Wahrscheinlichkeit einer Umweltbelastung ausgesetzt zu sein als weiße Menschen. Dabei spielt die ethnische Herkunft eine größere Rolle als zum Beispiel das Einkommen. In Deutschland gibt es bisher keine vergleichbare Forschung, aber es gibt bereits die Erkenntnis, dass dieses Phänomen auch auf *Sinti\*zze* und *Rom\*nja* und andere migrantisierte Bevölkerungsgruppen zutrifft. Auf einer internationalen Konferenz im Jahr 1991 haben sich People of Color

zusammengesetzt, um 27 Prinzipien<sup>5</sup> von Umweltgerechtigkeit festzulegen:

- 1) **Environmental Justice** affirms the sacredness of Mother Earth, ecological unity and the interdependence of all species, and the right to be free from ecological destruction.
- 2) **Environmental Justice** demands that public policy be based on mutual respect and justice for all peoples, free from any form of discrimination or bias.

Insbesondere Nummer 19 der 27 Prinzipien fordert eine intersektionale Perspektive auf die Bekämpfung der Klimakrise. Intersektionalität spielt eine wichtige Rolle beim Thema Klimagerechtigkeit und stellt verschiedene Perspektiven von Menschen in den Vordergrund, denn die Auswirkungen und Betroffenheit bezüglich der Klimakrise spüren Frauen<sup>6</sup>, LGBTQIA+<sup>7</sup>, Schwarze Personen<sup>8</sup>, People of Color, indigene Menschen<sup>9</sup>, Menschen mit Behinderung<sup>10</sup> und Menschen mit wenig Einkommen deutlich stärker. Den Widerstand indigener Bevölkerungsgruppen und Menschen aus MAPA-Regionen gegen Landraub, Umweltzerstörungen und Rohstoffabbau zu beleuchten und zu unterstützen, ist ein zentraler Baustein im Kampf für mehr Klimagerechtigkeit.

5 International Climate Justice Network (2002): Bali Principles of Climate Justice, [online] <https://www.corpwatch.org/article/bali-principles-climate-justice> [03.11.2023].

6 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (2016): Klimagerechtigkeit und Geschlecht: Warum Frauen besonders anfällig für Klimawandel & Naturkatastrophen sind, [online] <https://dgvn.de/meldung/klimagerechtigkeit-und-geschlecht-warum-frauen-besonders-anfaelig-fuer-klimawandel-naturkatastroph/> [03.11.2023].

7 Ituen, Imeh; Hey, Lisa T. (2021): Der Elefant im Raum – Umweltrassismus in Deutschland. Studien, Leerstellen und ihre Relevanz für Klima- und Umweltgerechtigkeit, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), [online] <https://www.boell.de/de/2021/11/26/der-elefant-im-raum-umweltrassismus-deutschland> [08.11.2023].

8 United Nations - Department of Economic and Social Affairs (k.A.): Indigenous Peoples. Climate Change, [online] <https://www.un.org/development/desa/indigenouspeoples/climate-change.html#:~:text=The%20effects%20of%20climate%20change%20on%20indigenous%20peoples&text=Climate%20change%20exacerbates%20the%20difficulties,rights%20violations%2C%20discrimination%20and%20unemployment.> [08.11.2023].

## 2. Partizipation

Gerade Aktivist\*innen aus den am stärksten betroffenen Gebieten der Klimakrise (MAPA – Most Affected People and Areas) müssen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Da es zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft auch aufgrund post- und neo-kolonialer Strukturen ein besonders starkes Gefälle gibt, müssen diese Akteur\*innen besonders gestärkt werden. Es muss daher besondere Priorität haben, dass indigene und MAPA-Aktivist\*innen auf der COP unterstützt und einbezogen werden. Repräsentation ohne jegliche Entscheidungsmacht ist lediglich Tokenismus, der Rassismus reproduziert statt verringert.

Doch vielen Klimaaktivist\*innen werden von einigen Ausrichterstaaten der COP Zugänge zu Visa versperrt oder sie sind in ihren Heimatländern Repressalien ausgesetzt, die die Einbringung ihrer Anliegen massiv erschweren.

Der Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Akteur\*innen wird aktuell immer kleiner ("Shrinking Spaces"). In vielen Staaten, auch in Deutschland, sind Klimaaktivist\*innen mit immer restriktiveren staatlichen Repressionen, Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und mit Hass – besonders in sozialen Medien – konfrontiert.

Im vergangenen Jahr sind über 170 Klimaaktivist\*innen ermordet worden, gut die Hälfte davon in latein-amerikanischen Ländern.<sup>9</sup> Häufig wird diese systematische Verfolgung auch im Interesse westlicher,

fossiler Konzerne betrieben.<sup>10</sup> Die Konzerne müssen für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden und Projekte, die solche neo-koloniale Gewalt verursachen, gestoppt werden (bspw. die EACOP-Pipeline<sup>11</sup>).

Die deutsche Delegation auf der COP muss sich deshalb für das Escazu-Abkommen einsetzen, das den Schutz von Umweltaktivist\*innen sichert. Wer die Zivilgesellschaft unterdrückt, verhindert soziale und gerechte Entwicklung. Es müssen besondere Strukturen geschaffen werden, um die Sicherheit der Teilnehmenden auf internationalen Klimaschutzkonferenzen zu gewährleisten.

Auch die Beteiligung von jungen Menschen an den Prozessen der internationalen Klimapolitik in Deutschland muss erhalten, evaluiert und weiter ausgebaut werden. Wir wünschen uns, dass die Bundesregierung finanzielle Unterstützung und personelle Kapazitäten für die Partizipation internationaler Klimabewegungsakteur\*innen, insbesondere junger, indigener und MAPA-Aktivist:innen, ausweitet.

Auch bei Projekten wie beispielsweise Wasserstoffpartnerschaften, die Deutschland gemeinsam mit Ländern des Globalen Südens durchführt, ist die umfassende Beteiligung der Zivilgesellschaft vor Ort elementar. Nur wenn diese selbst entscheiden, wie Projekte in ihrer Region stattfinden können, haben Partnerschaften eine Chance, zu einer gerechten Transformation beizutragen und langfristig erfolgreich zu sein.

<sup>9</sup> Global Witness (2023): Press Release. Almost 2,000 land and environmental defenders killed between 2012 and 2022 for protecting the planet, [online] <https://www.globalwitness.org/en/press-releases/almost-2000-land-and-environmental-defenders-killed-between-2012-and-2022-protecting-planet/> [08.11.2023].

<sup>10</sup> European Parliament (2022): European Parliament resolution of 15 September 2022 on violations of human rights in Uganda and Tanzania linked to investments in fossil fuels projects, [online] [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0321\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0321_EN.html) [08.11.2023]. ; Amnesty International (2022): Fossil Fuels and the Defence of Rights at Risk, [online] <https://amnesty.ca/fossil-fuels-and-the-defence-of-rights-at-risk/> [08.11.2023].

<sup>11</sup> Heinrich-Böll-Stiftung (2022): Öl-Pipeline EACOP: Uganda, Tansania und Total Energies wollen umstrittenes Mega-Projekt starten, [online] <https://www.boell.de/de/2022/09/19/oel-pipeline-eacop-uganda-tansania-und-total-energies-wollen-umstrittenes-mega-projekt> [08.11.2023]; CAN Climate Action Network Europe (k.A.): Climate action. Climate target, [online] <https://caneurope.org/climate-action/> [08.11.2023].

### 3. Minderung & Anpassung

Die Schuld für die Klimakrise ist historisch ungleich verteilt. Daher kommt auch den Hauptverursacherstaaten, die historisch für die größte Menge an emittierten Treibhausgasen verantwortlich sind, die Hauptrolle bei der Minderung der Treibhausgasemissionen zu. Hier darf sich Deutschland als historisch viertgrößter Emittent nicht aus der Verantwortung stellen und muss Vorreiter und internationale Stimme für die Minderungsambitionen werden. Das geht nur, indem sich Deutschland in der EU für eine Erhöhung der Ambitionen einsetzt, sodass das EU-NDC an die neuen Maßnahmenpakete im Rahmen des "Fit for 55"-Programms angeglichen wird. Konkret muss das EU-NDC von den aktuellen 55 % Prozent auf mehr als 60 % bis 2030 gegenüber den Emissionen von 1990 erhöht werden.

Zentral für das Einhalten des 1,5 Grad-Pfads ist der schnellstmögliche und gerechte Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern. Um diesen Ausstieg klimagerecht zu gestalten, muss er unter anderem durch folgenden Rahmen bestimmt werden:

- Auf der COP28 muss der faire, schnelle und vollständige Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern beschlossen werden
- Bei der Aufstellung von Emissionsreduktionszielen sollten gemeinsame, aber länderspezifisch angepasste, sektorale Zwischenziele formuliert werden, die den Weg hin zu einem globalen Net Zero-Ziel ebnen. Die Verbindlichkeit von Sektorzielen muss vor diesem Hintergrund auch für Deutschland gelten.

- Der erste Schritt hin zu einer fossilfreien Zukunft ist ein globales Ende der Finanzierung von Erkundung und Erschließung neuer fossiler Energievorkommen. Dieses Ziel muss Teil des Abschlussdokuments der COP28 werden.
- Dies muss auch für Erdgas gelten, denn Erdgas wird fälschlicherweise als "Brückentechnologie" bezeichnet. Bei der Förderung von Erdgas treten häufig erhebliche Methanleckagen auf, welche dazu führen können, dass Erdgas als Energieträger so klimaschädlich ist wie Kohle. Auch ohne Leckagen verursacht Erdgas erhebliche CO<sub>2</sub>-Emissionen und birgt die Gefahr eines fossilen Lock-ins.
- Deutschland, die EU- und G7-Staaten dürfen keine weiteren fossilen Investitionen tätigen – aus den genannten Gründen auch nicht in Erdgas. Deutschland hat sich im Glasgow Statement verpflichtet, bis Ende 2022 Investitionen in fossile Energieträger zu beenden; ebenso die G7 Staaten während des Gipfeltreffens 2022. Doch bislang wird dieses Versprechen nicht eingehalten: Deutschland gilt aktuell als das Land mit den meisten fossilen Projekten, auch in diesem Fall Erdgas, die auf Bewilligung öffentlicher Förderung warten bzw. von der Bundesregierung selbst beauftragt werden.<sup>12</sup> 2023 wurden bereits 472 Millionen Dollar für drei Projekte bewilligt und eine Voranfrage für Flüssiggaslieferungen (LNG) aus den USA im Wert von 3 Milliarden Dollar gestellt (ebd.). Zusätzlich stellt Bundeskanzler Olaf Scholz in Aussicht, zeitnah Gas aus Nigeria importieren zu wollen.<sup>13</sup> Erdgas aus Nigeria gilt in der Produktion durch Methanleckagen jedoch als besonders

12 Oil Change International (2023): Fossil Finance Violations: Tracking Fossil Fuel Projects that violate commitments to end international public finance for fossil fuels, [online] <https://priceofoil.org/2023/09/06/fossil-finance-violations-tracking-fossil-fuel-projects-that-violate-commitments-to-end-international-public-finance-for-fossil-fuels/> [08.11.2023].

13 Deutsche Welle (2023): Germany's Scholz looking to Nigeria for natural gas — report, [online] <https://www.dw.com/en/germanys-scholz-looking-to-nigeria-for-natural-gas-report/a-67248179> [08.11.2023].

emissionsintensiv. Jegliche Unterstützung von weiteren fossilen Projekten – wie auch die im vergangenen Jahr angekündigte Unterstützung von Gasinfrastruktur im Senegal – stehen im klaren Widerspruch zu den verabschiedeten Klimazielen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, ab sofort keine weiteren bzw. neuen fossilen Projekte zu unterstützen!

- Energieeffizienzsteigerungen und Einsparungen sind ebenso wichtig wie ein globales Erneuerbarenziel – eine Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 4 % bis 2030 ist unbedingt notwendig. Außerdem braucht es Energieeinsparungen von 20 % bis 2030 gegenüber dem Niveau von 2020.

Die kommende COP wird erneut von schwierigen Rahmenbedingungen begleitet. Wir erwarten daher von der deutschen und europäischen Delegation, dass sie in den wenigen verbleibenden Wochen bis zur COP einen kontinuierlichen Austausch mit blockierenden Staaten suchen und sich mit gebündelten Kräften für eine Einigung zum Ausstieg aus fossilen Energien auf globaler Ebene einsetzen. Falls dies nicht erreicht wird, muss es ein Ausstiegsabkommen der Willigen geben, wobei Hauptverursacherstaaten besondere Verantwortung tragen.

Um die Integrität des Pariser Klimaabkommens zu wahren und die 1,5 Grad-Grenze nicht zu überschreiten, müssen die Staaten als Antwort auf die Globale Bestandsaufnahme (Global Stocktake, GST) bis zur COP29 deutlich ambitioniertere NDCs einreichen, die kompatibel mit dem 1,5 Grad-Ziel sind. Dabei müssen die Ergebnisse der IPCC-Berichte konsequent berücksichtigt werden und eine breite Beteiligung durch die Vertragsstaaten und auch durch nicht-staatliche Akteure ermöglicht werden, um eine Dynamik hin zu erhöhter Ambition zu erreichen.

Das Arbeitsprogramm zum Global Goal on Adaptation (GGA), das auf der COP28 verabschiedet wird, muss dazu führen, dass das GGA wirklich vulnerable Gruppen bei ihren Anpassungsbemühungen unterstützt und dass sektorspezifische Anpassungsziele gefördert werden. Nicht nur dafür braucht es bis 2028 finanzielle und technische Unterstützung für die Bewertung von Klimarisiken und -schäden. Das GGA-Framework sollte insbesondere in Bezug auf diese Aspekte umgesetzt werden: Finanzierung; Technologietransfer; Kapazitätsaufbau (capacity building); internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung, Validierung und gemeinsamen Nutzung von Frühwarnsystemen; Mechanismen für den Austausch von Klimainformationen und anderen relevanten Anpassungs-, Resilienztechnologien und -strategien. Die Perspektive der jungen Generation soll beim GGA Framework explizit einbezogen werden, sodass junge Menschen ein Katalysator bei der Umsetzung sein können.

## 4. Scheinlösungen

In der Diskussion um die Bekämpfung der Klimakrise werden zahlreiche technische Konzepte bzw. Technologien, wie Carbon Capture and Storage (CCS), Wasserstoff, Atomkraft sowie Marktmechanismen im Klimaschutz diskutiert, die oft nur die (fossilen) Interessen einzelner Staaten oder Akteur:innen adressieren, jedoch keine allumfassenden und solidarischen Lösungen bieten. Maßnahmen, die die Lebensdauer von fossilen Brennstoffen künstlich verlängern und dadurch Ungerechtigkeiten verstärken, statt die Ursachen der Klimakrise zu bekämpfen, sind nur Scheinlösungen. Sie leisten keinen Beitrag zu einer gerechten Transformation und bieten daher keinen Ausweg aus der Klimakrise. Stattdessen bergen sie die Gefahr, dass Ambitionen zur sofortigen Reduktion von Emissionen verzögert werden. Was wir aber brauchen, sind "Real"-Zero Emissionen, also eine absolute Reduktion von Treibhausgasen überall dort, wo es möglich ist.

**CCS-Technologien** haben klar ersichtliche gemeinsame Probleme: Sie sind durchweg extrem teuer und energieintensiv und bisher nicht großskalig erprobt.

Sie dienen in erster Linie der künstlichen Lebensverlängerung von fossilen Technologien.<sup>14</sup> Gerade Länder des Globalen Südens werden sich solche Technologien nicht leisten können, wodurch globale Ungleichheiten verstärkt würden. Daher lehnen wir es ab, dass in diese unsichere und ungerechte Technologie Geld investiert wird: Finanzielle Mittel müssen prioritär in den Ausbau erneuerbarer Energien fließen. Ein weiteres großes Problem bei CCS-Technologien ist die Einlagerung des Kohlenstoffs. Es ist bisher völlig unklar, wo und ob dies sicher möglich ist und was die langfristigen Konsequenzen einer solchen Einlagerung für die Umwelt wären.<sup>15</sup> Zudem kann die Suche nach dauerhaften Kohlenstoffspeicherorten neokoloniale Kontinuitäten verstärken und Klimagerechtigkeit gefährden. Daher ist die Hoffnung auf CCS und der damit verbundene Glaube, dass hierdurch in absehbarer Zeit eine signifikante Minderung von Treibhausgasen (THG) erreicht werden kann, nicht mehr als eine Scheinlösung. CCS ist rigoros abzulehnen. In den Abschlussdokumenten der COP28 sind sprachliche Unklarheiten, die Schlupflöcher für den Erhalt fossiler Energien durch CCS-Technologien in einen möglichen Ausstieg aus fossilen Energien mit einschließen, unbedingt zu verhindern.

14 Stephens, Jennie C. (2013): Time to stop investing in carbon capture and storage and reduce government subsidies of fossil-fuels, in: *WIREs Climate Change*, Jg. 5, Nr. 2, S. 169–173

15 Tamburini, Federica; Bonvicini, Sarah; Cozzani, Valerio (2023): Risk of Subsea Blowouts in Marine CCS, in: *Chemical Engineering Transactions*, Jg. k.A., Nr. 99, S. 265–270

## CCS

CCS steht für „Carbon Capture and Storage“, auf Deutsch auch als „Kohlenstoffabscheidung und -speicherung“ bezeichnet. CCS-Technologien sind eine Gruppe von Verfahren und Technologien, die entwickelt wurden, um CO<sub>2</sub> entweder aus der Umwelt (z. B. aus der Luft, „direct air capture“ genannt) oder direkt an der Quelle (z. B. bei der Verbrennung von fossilen Energieträgern) dem Kohlenstoffkreislauf zu entziehen und anschließend einzulagern. Mögliche Speicherorte können unterirdische geologische Formationen wie leere Erdgaslagerstätten, Salzkavernen oder tiefe Gesteinsschichten sein, die das CO<sub>2</sub> angeblich sicher einschließen können. Hierbei

bestehen jedoch viele Risiken – beim Einpressen von CO<sub>2</sub> in den Boden können ähnlich fatale Folgen auftreten wie beim Fracking von Erdgas.<sup>18</sup> Zudem kann die langfristige Einlagerung des Kohlenstoffs (Permanenz) nicht sicher gewährleistet werden, und es bleibt ein Risiko bestehen, dass der abgeschiedene Kohlenstoff wieder in die Atmosphäre gelangt, womit jegliche Klimaschutzwirkung hinfällig ist. Bereits bei geringen Leckagen von nur 1 % pro Jahr würde CCS mit den hohen zusätzlichen Emissionen durch Energieaufwand und Transport sogar mehr Emissionen zur Folge haben als die Nicht-Nutzung der Technologie.

**Marktbasierte Mechanismen** zum Handel von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, die zur Kompensation von THG/CO<sub>2</sub>-Emissionen genutzt werden können, sind nur mit maximaler Vorsicht anzuwenden, denn sie bergen das Risiko, mehr Schaden anzurichten als positive Effekte für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung zu erzielen. Die grundlegenden Probleme aller Marktmechanismen im Klimaschutz sind bereits vielfach von unabhängiger, wissenschaftlicher Seite bestätigt worden.<sup>17</sup> Um die Integrität von Zertifikaten zu gewährleisten, müssen zwingend Zusätzlichkeit und Dauerhaftigkeit von Maßnahmen gegeben sein, Doppelzählungen von Zertifikaten müssen nachweislich vermieden werden und die Einschätzung der Klimaschutzwirkung muss wissenschaftlich nachweisbar sein. Allzu häufig werden existierende Zertifikate diesen Kriterien jedoch nicht gerecht. Auch negative soziale Folgen, insbesondere bei landnutzungs-basierten Maßnahmen wie dem Schutz von Wäldern,

müssen ausgeschlossen werden, so zum Beispiel die Vertreibung von Menschen aus Schutzgebieten oder land grabbing.<sup>18</sup> Auch negative ökologische Folgen von Projekten, z. B. negative Einflüsse auf die Biodiversität etwa bei monokulturellen Aufforstungsprojekten führten in der Vergangenheit zu berechtigter Kritik.<sup>19</sup>

Die weitere Ausgestaltung von marktbasierter Instrumenten muss die genannten Probleme unter allen Umständen überzeugend adressieren. Sowohl für den Zertifikatehandel unter Art. 6 des Pariser Klimaabkommens als auch für den freiwilligen Markt ist der Anspruch einer „Kompensation“ von THG-Emissionen abzulehnen. Ambitionslücken in nationalen NDCs dürfen so nicht geschlossen werden. Vielmehr müssen staatliche wie auch nicht-staatliche Akteur\*innen einen absoluten und realen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

16 Zoback, Mark D.; Gorelick, Steven M. (2012): Earthquake triggering and large-scale geologic storage of carbon dioxide, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences*, Jg. 109, Nr. 26, S. 10164–10168

17 Fischer, Tin; Knuth, Hannah (2023): CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Grün getarnt, in: *Die ZEIT*, Jg. 2023, Nr. 04, S. k.A., [online] <https://www.zeit.de/2023/04/co2-zertifikate-betrug-emissionshandel-klimaschutz> [08.11.2023]. Cullenward, Danny; Badgley, Grayson; Chay, Freya (2023): Carbon offsets are incompatible with the Paris Agreement, in: *One Earth*, Jg. 6, Nr. 9, S. 1085–1088, [online] <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2590332223003937> [08.11.2023].

18 Lyons, Kristen; Westoby, Peter (2014): Carbon colonialism and the new land grab. Plantation forestry in Uganda and its livelihood impacts, in: *Journal of Rural Studies*, Jg. 36, Nr. k.A., S. 13–21; Cavanagh, Connor; Benjaminsen, Tor A. (2014): Virtual nature, violent accumulation. The 'spectacular failure' of carbon offsetting at a Ugandan National Park, in: *Geoforum*, Jg. 56, Nr. k.A., S. 55–65

19 Lindenmayer, David B. et al. (2011): Avoiding bio-perversity from carbon sequestration solutions, in: *Conservation Letters*, Jg. 5, Nr. 1, S. 28–36; McElwee, Pamela (2009): Reforesting “Bare Hills” in Vietnam. Social and Environmental Consequences of the 5 Million Hectare Reforestation Program, in: *AMBIO: A Journal of the Human Environment*, Jg. 38, Nr. 6, S. 325–333

Der freiwillige Kohlenstoffmarkt muss darüber hinaus einer verbindlichen und effektiven nationalstaatlichen oder internationalen Regulierung unterworfen werden. Die für "Kompensationsprojekte" durchgeführten Klimaschutzmaßnahmen sind häufig richtig und sinnvoll, wenn sie einen sozialen und ökologischen Mehrwert leisten und keine negativen Nebeneffekte haben. Hier darf aber nicht der Anspruch erhoben werden, dass durch diese Maßnahmen "Klimaneutralität" hergestellt werden

kann. Ihr Beitrag ist wichtig, jedoch kein Ausgleich für die absolute Reduktion von THG-Emissionen beim Verursacher. In den finalen Verhandlungen über Artikel 6 des Pariser Abkommens sind diese zentralen Probleme unbedingt zu berücksichtigen. Das verbleibende und schrumpfende globale Treibhausgas-Budget erlaubt keine Experimente mehr mit Maßnahmen, die lediglich ein zweifelhaftes Netto-Null Ergebnis versprechen – sie sind kein Ersatz für echte Emissionsreduktionen.

### Häufigste Probleme bei Marktmechanismen im Klimaschutz

**Zusätzlichkeit:** Werden die Minderungsmaßnahmen eines Projekts nur aufgrund der Anreize, die durch den Verkauf der Zertifikate geboten werden, durchgeführt? Wenn die Aktivitäten auch ohne den Zertifikatehandel durchgeführt worden wären, ist das Projekt nicht zusätzlich (und der Verkauf von Emissionsgutschriften ist unnötig).

**Robuste Quantifizierung:** Wie wird die Menge des durch die Minderungsmaßnahmen des Projekts gespeicherten Kohlenstoffs berechnet? Wie groß ist die damit verbundene Unsicherheit und wie wahrscheinlich ist eine Überschätzung der Emissionsreduzierung? Wenn es Unsicherheiten gibt, sind die Schätzungen dann konservativ genug und berücksichtigen diese Unsicherheiten?

**Nicht-Dauerhaftigkeit (Permanenz):** Die Speicherung der Emissionen muss dauerhaft sein – dies ist jedoch gerade bei landnutzungs-basierten Projekten aufgrund möglicher

Naturkatastrophen (z. B. Waldbrände) schwer zu gewährleisten. Wie geht das Projekt mit Ungewissheiten in Bezug auf den langfristigen Minderungseffekt der Projektaktivitäten um?

**Doppelzählung:** Es muss sichergestellt werden, dass ein Zertifikat nicht doppelt verwendet wird – zum Beispiel besteht dieses Risiko, wenn sowohl das Land, in dem die Maßnahme durchgeführt wird, als auch das Käuferland die Minderungsergebnisse eines Projekts für sich beanspruchen (Doppelanrechnung). Andere Risiken bestehen darin, dass zwei Länder eine Gutschrift auf ihre nationalen Klimaziele anrechnen (Doppelzählung) oder dass die Gutschrift zweimal ausgestellt wird (Doppelausstellung).

**Soziale und Umweltauswirkungen:** Projekte können positive oder negative soziale und ökologische Auswirkungen haben, die vor der Durchführung berücksichtigt werden müssen.

Grüner Wasserstoff wird auch in Zukunft teuer sein und der Energieträger eine knappe, sehr energieintensive Ressource bleiben. Dennoch brauchen wir ihn für die Energiewende.<sup>20</sup> Die aktuelle Diskussion zu diesem Energieträger in der deutschen, aber auch in der internationalen Debatte, ist allerdings von fossilen Lobbyinteressen geprägt. Wasserstoff sollte als Energieträger nur dort eingesetzt werden, wo alle Einsparpotenziale ausgeschöpft worden sind und es keine kosteneffizienteren Alternativen gibt, wie beispielsweise in der Stahl- oder Chemieindustrie oder als Speichertechnologie für grünen Strom. Für eine breite Anwendung besteht kein Bedarf, die Nutzung wäre ineffizient und die notwendigen Ressourcen dafür sind schlicht nicht vorhanden. Es besteht insbesondere die massive Gefahr eines fossilen Lock-ins, wenn die Zukunftsvision von grünem Wasserstoff heute als Rechtfertigung für den Erhalt und Ausbau fossiler Gasinfrastruktur genutzt wird. Das Versprechen, beispielsweise Heizungen "Wasserstoff-ready" heute mit Erdgas zu betreiben, führt zu einer Verzögerung der dringend notwendigen Wärmewende und dem massiven Ausbau von Gasinfrastruktur. Denn zu glauben, dass Wasserstoff in der Zukunft unbegrenzt verfügbar sei, ist eine Fehlannahme. Zudem muss

mitbedacht werden, dass Wasserstoff ein flüchtiges, sehr explosives Gas ist, für das es heute noch keine geeignete kosteneffiziente Transportmöglichkeit über weite Strecken gibt. Darüber hinaus hat Wasserstoff in Folge von chemischen Reaktionen in der Erdatmosphäre selbst ein hohes Treibhausgaspotenzial.

Dass grüner Wasserstoff alternativlos ist, steht für uns außer Frage. Der Bezug von Wasserstoff muss aber vor allem aus Deutschland und der EU erfolgen, denn der Import aus Drittstaaten ist extrem teuer und reproduziert neokoloniale Wirtschaftsbeziehungen. So zum Beispiel die deutsche Wasserstoff-Partnerschaft mit Namibia: In einem Nationalpark soll grüner Wasserstoff vorwiegend für den Export hergestellt werden – deutsche Unternehmen stehen dabei in zentraler Verantwortung – und das in einer ehemaligen deutschen Kolonie. Ob die finanziellen Erträge des Exports den Menschen vor Ort zugutekommen, ist fraglich; die Gefahr, bei solchen Projekten neokoloniale Abhängigkeiten zu verstärken, ist enorm. Es muss sichergestellt werden, dass in diesem konkreten Fall die lokale Bevölkerung ebenso vom Projekt profitiert wie die deutsche Wirtschaft. Dies liegt in unserer historischen Verantwortung.

## Wasserstofffarben

**Grüner Wasserstoff:** Grüner Wasserstoff wird mithilfe erneuerbarer Energiequellen hergestellt, insbesondere durch Elektrolyse von Wasser unter Verwendung von Strom aus erneuerbaren Quellen wie Solarenergie oder Windenergie. Bei diesem Verfahren entsteht Wasserstoff ohne Kohlenstoffdioxidemissionen, da kein fossiler Brennstoff verwendet wird. Grüner Wasserstoff ist die umweltfreundliche Produktionsweise für Wasserstoff.

**Grauer Wasserstoff:** Grauer Wasserstoff wird aus fossilen Brennstoffen wie Erdgas oder Kohle hergestellt. Bei diesem Prozess entstehen Treibhausgasemissionen, da der Kohlenstoff aus den Brennstoffen freigesetzt wird.

**Blauer Wasserstoff:** Blauer Wasserstoff wird ebenfalls aus Erdgas hergestellt, aber bei diesem Prozess wird das entstehende CO<sub>2</sub> abgeschieden und gespeichert, um die Emissionen zu minimieren. Dieser Prozess wird als "Carbon Capture and Storage" (CCS) bezeichnet.

20 Wietschel, Martin et al. (2023): Preiselastische Wasserstoffnachfrage in Deutschland – Methodik und Ergebnisse. HYPAT Working Paper 01/2023, Karlsruhe: Fraunhofer ISI (Hrsg.), [online] [https://www.cines.fraunhofer.de/content/dam/zv/cines/dokumente/HyPAT\\_Working-Paper-01\\_2023\\_Priselastische-Nachfrage.pdf](https://www.cines.fraunhofer.de/content/dam/zv/cines/dokumente/HyPAT_Working-Paper-01_2023_Priselastische-Nachfrage.pdf) [08.11.2023].; Langfristszenarien (2022): Langfristszenarien 3. Wissenschaftliche Analysen zur Dekarbonisierung Deutschlands, [online] <https://langfristszenarien.de/enertile-explorer-de/> [08.11.2023].

**Geoengineering:** Ansätze, die im großtechnischen Maßstab in die Stoff- oder Energiekreisläufe des Erdsystems eingreifen wollen, gelangen immer mehr in die öffentliche Diskussion. Keine der Scheinlösungen bringt ein so großes Risiko mit sich, wie die sogenannten „Geoengineering“-Technologien. Das menschliche Verständnis der stofflichen und energetischen Kreisläufe des Planeten ist unvollständig und ein großflächiger Eingriff in diese könnte katastrophale Auswirkungen haben. Zudem sind die Kosten für solche Maßnahmen enorm und die technische Machbarkeit sowie Skalierbarkeit auf planetarem Maßstab vielfach nicht gegeben. Darüber hinaus ist es moralisch und völkerrechtlich sehr fragwürdig, ob und in welchem Umfang solche Maßnahmen überhaupt gerechtfertigt sein könnten.<sup>21</sup> Insbesondere unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit sind solche Scheinlösungen und damit verbundene Risiken zu verhindern, um nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Da auch diese Ansätze wirksamen Klimaschutz verzögern, sind sie entschieden abzulehnen.

Die Nutzung der **Atomkraft** beruht seit ihrem Anfang auf kolonialen Strukturen. So werden bisher beispielsweise 70 Prozent des weltweiten Urans auf Gebieten indigener Gemeinschaften gefördert – unter menschenunwürdigen Bedingungen. Während überwiegend Länder des Globalen Nordens wie die USA, Frankreich oder Großbritannien Atomenergie nutzen und von ihr finanziell profitieren, findet der Abbau von Uran mit den damit verbundenen Folgen zu einem Großteil in ehemaligen Kolonien statt. Daran hat sich auch nach der Unabhängigkeit vieler Staaten nichts geändert.

Nicht nur die Nutzung von Atomenergie sowie der daraus entstehende Atommüll sind mit enormen Risiken für Mensch und Umwelt verbunden, auch die Förderung von Uran führt zur Vergiftung und Verschmutzung von ganzen Gebieten, insbesondere des Trinkwassers. Die Uranförderung findet dabei unter unhaltbaren Arbeitsbedingungen mit fatalen gesundheitlichen Folgen statt. Die uranfördernden Konzerne halten notwendige Sicherheits-, Strahlenschutz- und Gesundheitsstandards oftmals nicht ein.<sup>22</sup> Die hohe Strahlenbelastung, der die Arbeiter\*innen ausgesetzt sind, führt häufig zu tödlichen Krankheiten – betroffene Personen mit verdächtigen Krankheitssymptomen werden meist plötzlich entlassen und über ihre Erkrankung nicht einmal informiert.

Trotz des Atomausstiegs wird Uran in Deutschland weiterhin verarbeitet und in die ganze Welt exportiert. Die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen haben weiterhin unbefristete Betriebsgenehmigungen, trotz der fragwürdigen Herkunft ihrer Rohstoffe und des deutschen Atomausstiegs. Deutschland darf nicht weiter zu dieser kolonialen Ausbeutung beitragen und muss die Uranwirtschaft sofort beenden. Außerdem muss sich die Bundesregierung in der EU für einen Ausstieg aus der Atomkraft einsetzen. Atomkraft darf keinesfalls, weder in den Abschlussdokumenten der COP28 als auch an anderer Stelle, als „saubere“ oder „erneuerbare“ Energie eingestuft werden.

21 Biermann, Frank et al. (2022): Solar geoengineering: The case for an international non-use agreement, in: *WIREs Climate Change*, Jg. 13, Nr. 3, e754

22 Sarkar, Atanu (2019): Nuclear power and uranium mining: current global perspectives and emerging public health risks, in: *Journal of Public Health Policy*, Ausgb. 40, S. 383–392; Winde, Frank et al. (2017): Uranium from Africa – An overview on past and current mining activities: Re-appraising associated risks and chances in a global context, in: *Journal of African Earth Sciences*, Ausgb. 129, S. 759–778

## 5. Just Transition

Ein schnellstmöglicher, fairer Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern erfordert globale Anstrengungen. Er ist sowohl alternativlos als auch möglich: Dazu müssen Staaten international kooperieren und insbesondere Hauptverursacherstaaten Gelder in die global gerechte Transformation der Energiesysteme, der Industrie und des Mobilitätssektors investieren, statt weiterhin in fossile Energieträger. Nur im Rahmen einer Just Transition können fossile Abhängigkeiten überwunden, soziale Ungleichheiten abgebaut und Lebensgrundlagen gesichert werden. Wir als AG verstehen eine Just Transition als den gerechten Übergang in eine menschenrechtsbasierte, fossilfreie Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit insbesondere für marginalisierte Gruppen und Länder im Fokus steht. Klimaschädliche Abhängigkeiten, koloniale und patriarchale Machtstrukturen müssen abgebaut werden.

Unter Anerkennung historisch bedingter ungleicher finanzieller und staatlicher Kapazitäten tragen Deutschland und die anderen EU- und G7-Staaten besondere Verantwortung, die Umsetzung einer Just Transition global und insbesondere in afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern zu unterstützen. Ziel dieser Unterstützung muss es sein, insbesondere Staaten mit starken fossilen Abhängigkeiten und geringen finanziellen Mitteln innerhalb

dieser Regionen zu befähigen, selbstbestimmt und unter Beteiligung unterschiedlicher Stakeholder eine gerechte Transformation zu gestalten und voranzubringen. Dazu müssen sich die Staatengruppen zum einen für einen Schuldenerlass (insbesondere für hochverschuldete, vulnerable Staaten) einsetzen, um den Druck auf diese Staaten zu minimieren, weiterhin fossile Energieressourcen zur Schuldenreduktion abbauen zu müssen. Zum anderen liegt es in ihrer historischen Verantwortung, mithilfe von Technologietransfer und finanzieller Unterstützung (die nicht zu einer weiteren Verschuldung beiträgt) Alternativen für eine sozial gerechte, klimaneutrale Zukunft in Ländern des Globalen Südens zu fördern. Es ist nicht tragbar, dass Deutschland, die G7- und EU-Staaten nach wie vor vom Abbau fossiler Energieträger (wie z. B. von Steinkohle in Ländern wie Kolumbien oder Südafrika) profitieren und womöglich durch neue "fossile Deals" (wie evtl. Gasimporte aus dem Senegal und Nigeria) neokoloniale Abhängigkeiten noch verschärfen. Die weiterhin geplanten Investitionen in Gasinfrastruktur drohen sich in enorme fossile Lock-ins und hohe finanzielle Verluste für die Abbauländer zu entwickeln.<sup>23</sup>

Fossile Projekte dürfen nicht länger durch vermeintlich positive Wirkungen auf die wirtschaftliche "Entwicklung" eines Landes legitimiert werden. Wie das Kollektiv unabhängiger Expert:innen und Autor:innen des Just Transition Africa Report (2023<sup>24</sup>) betont:

23 Jutta, Christine et al. (2022): The Scramble for Africa's gas, in: Global Energy Monitor Briefing: December 2022, [online] <https://globalenergymonitor.org/wp-content/uploads/2022/11/GEM-Scramble-for-Africas-Gas.pdf> [10.11.2023]

24 Sokona, Youba et al. (2023): Just Transition, A Climate, Energy and Development Vision for Africa. [online] [https://www.power-shiftrafrica.org/storage/publications/Just-Transition-Africa-report-ENG\\_single-pages\\_1685021139.pdf](https://www.power-shiftrafrica.org/storage/publications/Just-Transition-Africa-report-ENG_single-pages_1685021139.pdf) [10.11.2023]

**“Africa’s Right to Development is real, but must not be used to justify measures that, in effect, threaten to lock African economies into increased dependencies and economic losses from soon to be stranded assets” (54–55).**

**“The right to development does not mean the right to add harm, but the right to pursue one’s own development agenda” (56).**

Aktuell fließen nur 2 % aller weltweiten Investitionen in erneuerbare Energien in afrikanische Länder – und das obwohl der Kontinent 20 % der Weltbevölkerung mit steigendem Energiebedarf umfasst und in weiten Teilen sehr gute Bedingungen für erneuerbare Energien bestehen.<sup>25</sup>

Der Umstieg auf erneuerbare Energien bietet große Potenziale sowohl für die Emissionsminderung als auch für die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen innerhalb der weltweit noch dominierenden fossilen Energiesysteme. Um das Potenzial der erneuerbaren Energien tatsächlich zu nutzen, bedarf es einer Transformation bestehender Energiesysteme: Diese müssen transparent, demokratisch und diskriminierungsfrei gestaltet sein sowie Energiesouveränität und lokale Eigenverantwortung fördern<sup>26</sup>. Über den flächendeckenden Zugang zu sauberer, grüner Energie hinaus, bedeutet Just Transition, dass Umschulungen für Arbeiter:innen im fossilen

Energiesektor und entsprechende Ausbildungsprogramme gefördert, Technologietransfer gewährleistet sowie neue, grüne und gute Arbeitsplätze mit humanen Arbeitsbedingungen (decent work) geschaffen werden. Nur so können die Lebensgrundlagen für Menschen gesichert werden, deren Arbeitsplätze von Betriebsschließungen bedroht sind, und nur so können langfristige Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Dazu muss der Großteil der Wertschöpfung in den Ländern selbst stattfinden und der Bevölkerung vor Ort zugutekommen. Zugänge zu sozialer Absicherung und zu Gesundheitsleistungen sind weitere fundamentale Bestandteile einer Just Transition.

Unter Anerkennung der von Staat zu Staat stark variierenden Möglichkeiten zur kritischen zivilgesellschaftlichen Beteiligung müssen sich Deutschland und die EU dafür einsetzen, dass marginalisierte Gruppen (wie Arbeiter:innen, Gewerkschaften, lokale Gemeinschaften, junge Menschen, Indigene, FLINTA\* Personen) in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. In vielen Ländern wie Südafrika (z. B. Earthlife Africa, groundWork<sup>27</sup>) und Senegal, aber auch z. B. in indigenen Gemeinschaften in Kanada organisiert sich die Zivilgesellschaft, um eine gerechte Energiewende zu erwirken. Unter Berücksichtigung des großen Potenzials von echter Partizipation ist es entscheidend, dass Deutschland und die EU die Beteiligung von Zivilgesellschaft in den Partnerländern bestmöglich fördern (z. B. durch Transparenz, Bereitstellung verständlicher Informationen und die Einbeziehung von NGOs und Gewerkschaften), ohne dabei bevormundend aufzutreten.

25 International Energy Agency (2023): Financing Clean Energy in Africa, IEA Paris [online] <https://www.iea.org/reports/financing-clean-energy-in-africa> [10.11.2023]

26 Climate Action Network (2023): Position: The transition to 100% renewable energy must be just, equitable and rapid [online] [https://climatenetwork.org/wp-content/uploads/2023/09/CAN\\_Just-Renewables-Paper\\_September-2023.docx.pdf](https://climatenetwork.org/wp-content/uploads/2023/09/CAN_Just-Renewables-Paper_September-2023.docx.pdf) [10.11.2023]

27 Siehe: [groundwork.org.za](http://groundwork.org.za)

Bi- und multilaterale Klima- und Energiepartnerschaften wie die sogenannten *Just Energy Transition Partnerships (JETPs)* können einen wirkungsvollen Beitrag zur Realisierung einer Just Transition darstellen, sofern sie an den Bedürfnissen der von der Transformation am stärksten betroffenen Gruppen ausgerichtet sind. Sie sollten unter Mitbestimmung von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen unterschiedlicher Hintergründe entwickelt und umgesetzt werden.<sup>28</sup> Gelder dürfen keinesfalls in fossile Energieträger fließen. Die bisher vereinbarten JETPs weisen noch zahlreiche Mängel auf, die für eine erfolgreiche Umsetzung bestehender und vor Abschluss neuer JETPs dringend behoben werden müssen. Stellen Deutschland und die EU gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der *International Partners Group (IPG)* nicht ausreichende finanzielle Mittel für soziale Maßnahmen für die vom Ausstieg aus fossilen Energieträgern betroffenen Arbeiter:innen, deren Familien und Gemeinden bereit, können Klima- und Energiepartnerschaften ihren Gerechtigkeitsansprüchen nicht gerecht werden und drohen stattdessen Abhängigkeiten zu reproduzieren.

Innerhalb des UNFCCC haben die Verhandlungen zum *Just Transition Work Programme (JTWP)* während der SB58 gezeigt, dass die Staaten teilweise sehr Unterschiedliches unter einer Just Transition

verstehen. Notwendige Fortschritte im JTWP dürfen jedoch nicht durch eine fehlende Einigung auf eine gemeinsame Definition behindert werden. Trotz der Bedeutung von gemeinsamen Leitkriterien ist dabei anzuerkennen, dass es keine "one size fits all"-Lösung zur Umsetzung einer Just Transition gibt. Stattdessen müssen Maßnahmen kontextsensibel unter Berücksichtigung der politischen und sozioökonomischen Realitäten und unter Beteiligung der jeweiligen lokalen Zivilgesellschaft entwickelt und umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen Hauptverursacherstaaten anerkennen, dass eine Just Transition nur mithilfe internationaler Kooperation und nach dem Prinzip *Common But Differentiated Responsibilities (CBDR)* realisiert werden kann. Nur in Zusammenarbeit und mit Fokus auf intersektionale Klimagerechtigkeit können alle Staaten der Welt gemeinsam die sich reproduzierenden Machtstrukturen bekämpfen.

Just Transition muss als Brücke zwischen den Verhandlungssträngen verstanden werden. Die Umsetzung ambitionierter Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen, die Operationalisierung des Fonds für Verluste und Schäden sowie bedarfsorientierte, zusätzliche Klimafinanzierung sind essentielle Bestandteile einer Just Transition. Ziel des JTWP muss es sein, schnellstmöglich den Übergang in eine klimagerechte globale Gemeinschaft zu ermöglichen. Technische Debatten dürfen dabei nicht von den notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der multiplen Krisen, für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und des menschlichen Wohls ablenken.

---

28 South Africa Climate Action Network (2023): Joint Civil Society Organisations in South Africa Statement on the Just Energy Transition Investment Plan, [online] <https://sacan.africa/2023/04/23/joint-civil-society-organisations-in-south-africa-statement-on-the-just-energy-transition-investment-plan/> [10.11.2023];  
Bersihkan Indonesia (2022): Indonesian Civil Society supports energy transition finance deal JETP, but calls for an immediate halt to all new coal plants, [online] <https://bersihkanindonesia.org/wp-content/uploads/2022/11/ENG-BersihkanIndonesia-Reactive-Media-Release-on-JETP-.pdf> [10.11.2023];  
Moschos, Giannis et al. (2023): 3 ways civil society organizations are crucial to an equitable energy transition, in: *Sustainable Development Impact Meetings*, [online] <https://www.weforum.org/agenda/2023/09/3-ways-civil-society-crucial-equitable-energy-transition/> [10.11.2023];  
Marquardt, Jens & Delina, Laurence (2019): Reimagining energy futures: Contributions from community sustainable energy transitions in Thailand and the Philippines, in: *Energy Research & Social Science*, Ausg. 49, S. 91–102

## 6. Klimafinanzierungsziele

### Die 100-Milliarden-USD-Verpflichtung

Die Erreichung des 100-Milliarden-Klimafinanzierungsziels ist momentan nicht mehr als eine mündliche Zusage. Weil Industriestaaten bestehende Finanzausgaben nicht eingehalten haben, ist das Vertrauen vieler Länder des Globalen Südens gering. Die 100-Milliarden-USD-Verpflichtung ist darüber hinaus nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es werden Billionen Dollar für die Klimafinanzierung gebraucht. Nichtsdestotrotz bedarf es einer ehrlichen und ambitionierten Anstrengung, um die 100-Milliarden-USD-Verpflichtung zu erfüllen, die Integrität des Prozesses wiederherzustellen und Vertrauen zurückzugewinnen. Hierfür betonen wir folgende quantitativen und qualitativen Aspekte des Klimafinanzierungsziels:

- Die 100 Milliarden Dollar müssen jährlich sowie kumulativ aufgebracht werden. Bis 2025 müssen demnach die Industrieländer insgesamt 600 Milliarden US-Dollar für Minderung und Anpassung an den Klimawandel bereitstellen
- Eine Verdopplung der Anpassungsfinanzierung ist das Minimalziel auf dem Weg zu einer gleichgewichteten Minderungs- und Anpassungsfinanzierung

- Die 100 Milliarden US-Dollar sollen als öffentliche Zuschüsse und Schenkungsäquivalente konzessionärer Kredite bereitgestellt werden
- Klimafinanzierung unter der 100-Mrd-USD Verpflichtung muss neu und zusätzlich sein und darf nicht von anderen Entwicklungsfinanzierungsprojekten abgezogen werden. Im Zuge dessen fordern wir von der Bundesregierung zu den aktuellen Klimafinanzierungsbeiträgen mehr Transparenz. Während bis Ende letzten Jahres etwa 4,3 Milliarden Euro an Klimafinanzierung im Haushalt 2022 eingeplant waren<sup>29</sup>, erreichte die Regierung im Jahr 2022 laut eigener Aussage ihr selbstgestecktes Ziel von sechs Milliarden Euro<sup>30</sup>. Woher kommen die zusätzlichen Gelder?
- Auf der COP28 müssen die Vertragsparteien Klimafinanzierung klar definieren, um besonders auch die Qualität des New Collective Quantified Goal (NCQG) sicherzustellen. Das Fehlen einer operativen Definition hat katastrophale Auswirkungen für das 100-Milliarden-Klimafinanzierungsziel. Dies wird besonders durch einen Reuters-Bericht<sup>31</sup> deutlich, der zeigt, dass im Kontext des 100-Milliardenziels Gelder dafür verwendet wurden, ein Kohlekraftwerk, Eisdielen und eine Flughafenerweiterung zu finanzieren. Es ist zwingend erforderlich, dass die Klimafinanzierungsdefinition direkt die Ziele des Pariser Abkommens unterstützt und unsere planetaren Belastungsgrenzen berücksichtigt.

29 Kowalzig, Jan (2023): Klimafinanzierung im Bundeshaushalt 2023: Unfall oder absichtsvolle Missachtung? [online] <https://www.deutskeklimafinanzierung.de/blog/2022/09/klimafinanzierung-im-bundeshaushalt-2023-unfall-oder-absichtsvolle-missachtung/> [10.11.2023]

30 BMWK (2023): PM zu "Deutschland übertrifft Klimafinanzierungsziel für Schwellen- und Entwicklungsländer", [online] <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/09/20230929-deutschland-uebertrifft-klimafinanzierungsziel-fuer-schwellen-und-entwicklungslaender.html> [10.11.2023]

31 Rumney, Emma et al. (2023): Rich nations say they're spending billions to fight climate change. Some money is going to strange places. Reuters Special Report [online], <https://www.reuters.com/investigates/special-report/climate-change-finance/> [10.11.2023]

## New Collective Quantified Goal (NCQG)

Das NCQG muss sich grundlegend von der 100-Milliarden-USD-Verpflichtung unterscheiden, indem es die tatsächlichen Bedürfnisse von Entwicklungsländern und gefährdeten Gemeinschaften berücksichtigt. Daher muss das Quantum auf Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse und Bottom-up-Daten von NDCs und NAPs berechnet werden. Das Quantum muss bei Bedarf im Einklang mit dem GST-Prozess periodisch aktualisiert werden.

Öffentliche, zuschussbasierte und konzessionäre Finanzierung müssen das Fundament des NCQG bilden. Innovative Finanzierungsquellen wie eine See-/Luftverkehrssteuer, eine Steuer auf Kapitalmarkttransaktionen und eine Kohlenstoffsteuer können implementiert werden, um den Teil der Schenkungsäquivalente in der Klimafinanzierung zu erhöhen.

Das NCQG muss sich aus Teilzielen zusammensetzen, um eine ausgewogene Finanzierung für Minderung, Anpassung und für Verluste und Schäden zu gewährleisten. Darüber hinaus muss eine gerechte Verteilung der Mittel und ein einfacher Zugang zu den Finanzmitteln sichergestellt werden. Die Finanzierung im Rahmen des NCQG sollte zusätzlich, vorhersehbar und für die am meisten gefährdeten Gemeinschaften zugänglich sein.

Die NCQG muss transparent sein und beispielsweise auch qualitative Elemente wie gender-responsive Finanzierung erfassen. Eine bessere Rechenschaftspflicht muss z. B. durch eine direkte Kopplung der Klimafinanzierung an einen Prozentsatz des BIP gewährleistet werden. Die Entscheidung über die NCQG darf auf keinen Fall eine politische Entscheidung in letzter Minute sein.

## Artikel 2.1c

Wir fordern die Vertragsparteien auf, bis zur COP29 einen Fahrplan und einen ehrgeizigen Zeitplan für die Erreichung der in Artikel 2.1c umrissenen Ziele vorzulegen. Um alle Finanzströme in Einklang mit dem 1,5 Grad-Ziel zu bringen, brauchen wir einen raschen Systemwechsel. Das Ziel enthält die klare Forderung, Investitionen in fossile Brennstoffe und Subventionen zu stoppen und umweltschädliche Aktivitäten zu besteuern sowie emissionsarmen Alternativen in allen Sektoren Vorrang einzuräumen.

Zudem verstärkt Art. 2.1c die Forderung nach einer Transformation der internationalen Finanzarchitektur (IFA). Alle Finanzinstitutionen müssen ihre Finanzströme in Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens, des Montreal-Kunming-Abkommens und der SDGs bringen. Für eine gerechte Umgestaltung der IFA müssen die globalen öffentlichen Güter in den Mittelpunkt gestellt werden. Dies erfordert eine Reform der derzeitigen Machtstrukturen innerhalb der internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und den Entwicklungsbanken.

Klimaresiliente Entwicklung ist angesichts der akuten, kolonial bedingten Schuldenkrise nicht möglich. Schuldenerlass und Kreditverbesserung sind notwendig, um die Länder des Globalen Südens in die Lage zu versetzen, sich in Richtung einer klimaresilienten Zukunft zu entwickeln. Die AG kritisiert neokoloniale Ansätze wie Debt-for-Climate-Swaps und Debt-for-Nature-Swaps. Jegliche Schuldenerlasse, die weiterhin an vom Globalen Norden definierte Bedingungen geknüpft sind, spiegeln nicht unser Verständnis von Klimagerechtigkeit wider und reichen nicht aus, um die Dimension der Schuldenkrise zu adressieren.

Die Umsetzung von Art. 2.1c erfordert eine verbesserte Zusammenarbeit sowie einen besseren Informationsaustausch zwischen der UNFCCC und den Finanzinstitutionen. Die im Rahmen der UNFCCC getroffenen Entscheidungen sowie das Leitprinzip von CBDR müssen als Grundlage für die Umgestaltung der IFA dienen. Darüber hinaus betonen wir, dass die Verhandlungen über Art. 2.1c nicht dazu genutzt werden dürfen, die Verantwortung der Hauptverursacherstaaten für die traditionelle Klimafinanzierung nach Art. 9 zu verkleinern.

## 7. Verluste & Schäden

Der auf der COP27 beschlossene Fonds für Klimaschäden und Verluste ("Loss and Damage Fund" (LDF)) muss ein praktisches Werkzeug für betroffene Regionen werden und zusätzlich zu Anpassungs- und Reduktionsmaßnahmen bestehen. Allein die wirtschaftlichen Schäden durch die Klimakrise werden aktuell auf 290 bis 580 Milliarden USD pro Jahr bis 2030 geschätzt<sup>32</sup>. Der LDF muss auf der COP28 unter der UNFCCC eingesetzt und anhand ambitionierter Beitragszahlungen messbar gemacht werden. Seine größte Herausforderung ist die gerechte Auszahlung der Gelder. Erstens muss die Bundesregierung dem CBDR-Prinzip folgend Beiträge leisten und von anderen Hauptverursacherstaaten einfordern. Insbesondere die USA blockieren aktuell Fortschritte und angemessene Beiträge.<sup>33</sup> Zweitens muss sich die Bundesregierung für Mechanismen einsetzen, die unkompliziert zugänglich sind für Menschen, die von allen Arten von Klimaschäden, kurzfristigen wie langfristigen, betroffen sind.

32 Markandya, Anil., González-Eguino, Mikel. (2019). Integrated Assessment for Identifying Climate Finance Needs for Loss and Damage: A Critical Review, in: Mechler, R. et al. (Hrsg.) *Loss and Damage from Climate Change. Climate Risk Management, Policy and Governance*. Springer, Cham.

33 Siehe: <https://cop28coalition.org/loss-and-damage-fund>

Zusagen von Hauptverursacherstaaten müssen dementsprechend in Form von neuen, zusätzlichen, vorhersehbaren, zugänglichen und angemessenen Finanzierungen kommen, die separat von bereits existierenden Geldern für Anpassung und Minderung anzurechnen sind und die Schuldenlast nicht erhöhen. Der LDF muss aus einer menschenrechtlichen, generationsübergreifenden und gender-sensitiven Perspektive aufgebaut werden.

Die Ansiedlung des LDF darf nicht ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft entschieden werden, die aktuell im Transitional Committee nicht vertreten ist.<sup>34</sup> Der LDF sollte nicht bei der Weltbank liegen, da dies die Schuldenlast erhöhen und das Problem der existierenden Zugangshürden (*accessibility*) nicht lösen würde. Unter der UNFCCC muss der LDF in einem unabhängigen Sekretariat mit multidisziplinärer Expertise geführt werden, geleitet von denjenigen, die von Klimaschäden betroffen sind und nicht von den Geldgebern. Solange eine Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Umsetzung nicht gewährleistet ist, darf kein schwacher Kompromiss verabschiedet werden, der langfristig Gelder blockiert.

Eine differenzierte Definition von vulnerablen und betroffenen Regionen ist notwendig, um keine Gemeinschaften und Regionen auszuschließen, die in Schwellenländern liegen wie bspw. Pakistan.<sup>35</sup> Auch Regionen, die durch fossile Industrien Schäden und Verluste erfahren, müssen Zugang zum LDF bekommen, aber werden aktuell nicht berücksichtigt.

34 Das TC wurde auf der COP27 zur Operationalisierung des LDF beschlossen. Es soll Empfehlungen zur Gestaltung des Fonds aussprechen.

35 The Wire, (o.V.) (2023): Rich Countries' Proposal Can Block India, Pakistan From Accessing Loss and Damage Fund, [online], <https://thewire.in/world/rich-countries-proposal-can-block-india-pakistan-from-accessing-loss-and-damage-fund> [10.11.2023]

Der LDF sollte verschiedene Notwendigkeiten abdecken:

- Schnelle Bereitstellung von Finanzmitteln für direkte (Klima-)Katastrophenhilfe
- Mittelfristige Finanzierung zum Wiederaufbau
- Langfristige Finanzmittel für langfristig eintretende Schäden und Verluste (slow-onset events), einschließlich transformativer Programme für politische Rahmenbedingungen und die Umsiedlung betroffener Bevölkerungsgruppen
- Finanzierung für subnationale und lokale Akteure, insbesondere für die am stärksten betroffenen Menschen und Gebiete (MAPA), Frauen, Jugendgruppen, indigene Völker, Menschen mit Behinderungen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die direkt mit ihnen zusammenarbeiten, sowohl für eine schnelle Reaktion als auch für die Bewältigung langfristig eintretender Klimaschäden.

Nicht-wirtschaftliche Schäden und Verluste müssen angemessenen Raum in politischen Debatten wie im GST, dem Adaptation Fund oder dem Santiago Netzwerk erhalten und über finanzielle Entschädigung hinausgehen. Es braucht neue Wege, den Verlust von kulturellem Erbe, indigenem Wissen und Sprachen zu begegnen und zukünftig zu vermeiden. Das kann durch entsprechende Förderprogramme in Wissenschaft und Kultur gestärkt werden.<sup>36</sup>

Das Santiago Network on Loss and Damage (SNLD) muss in Zusammenarbeit mit dem LDF etabliert werden. Das Sekretariat des SNLD muss unabhängig geleitet und finanziell ausgestattet werden. Der Erfolg des LDF steht im direkten Zusammenhang mit anderen UNFCCC Prozessen wie dem SNLD, GST sowie mit NCQG und GGA Verhandlungen.

---

<sup>36</sup> McGray, Heather (2023): Addressing the Myriad Impacts of Climate-induced Loss and Damage, [online] <https://sdg.iisd.org/commentary/guest-articles/addressing-the-myriad-impacts-of-climate-induced-loss-and-damage/>, [10.11.2023]

## 8. Klimasicherheit

### Intersektionalität

Intersektionalität beschreibt das Zusammenwirken mehrerer Unterdrückungsmechanismen. Verschiedene Diskriminierungsformen wirken nicht einzeln für sich und können nicht zusammengezählt werden, sondern sie beeinflussen sich gegenseitig und lassen so komplexe Formen der Diskriminierung entstehen. Mehrfachdiskriminierung kann aufgrund verschiedenster Merkmale und Zuschreibungen passieren, z. B. geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung,

sozioökonomischer Status, Behinderungen oder Krankheiten oder die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit. Im Konzept der Intersektionalität ist dabei keine abgeschlossene Liste festgeschrieben. Vielmehr wird berücksichtigt zu welcher Zeit, an welchem Ort, in welchem sozialen Umfeld Machtunterschiede und Diskriminierung vorherrschen und was das für die Betroffenen individuell bedeutet.

### FLINTA\*

Das Akronym FLINTA\* steht für **F**rauen, **L**esben, **i**ntersexuelle, **n**icht-binäre, **t**rans und **a**gender Personen. Er umfasst somit all jene, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität patriarchal diskriminiert werden. Das Gendersternchen soll jene Personen inkludieren, die sich in keinem der Buchstaben wiederfinden, aber ebenfalls aufgrund ihrer Geschlechtsidentität in

einer patriarchalen heteronormativen Mehrheitsgesellschaft marginalisiert werden. Der Begriff übt Kritik an einem eindimensionalen Frauenverständnis. Der Begriff ist international nicht einheitlich nutzbar, da geschlechtsbasierte Diskriminierung in verschiedenen Ländern durch andere Faktoren bedingt werden kann.

Eine menschenrechtsbasierte, feministische Außenpolitik der deutschen Bundesregierung sollte menschliche Sicherheit über staatliche Sicherheit stellen. Hierzu gehört zentral die Garantie sicherer Fluchtrouten und die Notwendigkeit von mehr internationaler Zusammenarbeit als Antwort auf die Klimakrise. Feministische Politik kann und muss einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels von Paris machen.

Klimabedingte Migration ist ein zentraler Aspekt von Klimasicherheit. Seit 2008 wurden über 376 Millionen Menschen durch Klimakatastrophen vertrieben.

Der IPCC schätzt, dass bis zu 1 Milliarde Menschen bis 2050 an Küsten von Klimagefahren bedroht sein werden.<sup>37</sup> Bis zum Jahr 2050 könnte es über 140 Millionen Klimaflüchtlinge geben. Wenn das Recht auf eine intakte und gesunde Umwelt in einer Region nicht mehr gegeben ist, sehen Menschen in ihrer Heimat keine Perspektive mehr.

Internationale Bestrebungen müssen Klimawandelanpassung und Minderung in besonders vulnerablen Staaten stärken, um besonders diejenigen Bevölkerungsgruppen zu schützen, denen die Mittel zur Flucht fehlen. Es braucht neue Regularien, um

<sup>37</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (2022): Sixth Assessment Report. Headline Statements from the Summary for Policymakers, [online] [https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC\\_AR6\\_WGII\\_HeadlineStatements.pdf](https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_HeadlineStatements.pdf) [03.11.2023].

Menschen, die aufgrund von Klimakatastrophen, Extraktivismus oder klimabedingten Konflikten fliehen müssen, zu schützen. Es braucht neutrale Untersuchungen, um effektive Maßnahmen für sichere Fluchtwege und Dokumentation zu ermöglichen.

Die GEAS-Reform der EU steht hierzu in einem klaren Widerspruch. Für Schutzsuchende wird der Zugang zum Asylsystem der Europäischen Union in der Praxis drastisch erschwert oder gänzlich versperrt. Jegliche internationale Bestrebung muss versuchen, sichere Fluchtwege und Dokumentation für klimabedingte Migration zu sichern, muss die tödliche Grenzpolitik der Europäischen Union thematisieren und praktische Lösungen anbieten.

Entwicklungsländer nehmen 83 Prozent der Flüchtlinge weltweit auf. Ende 2021 wurden 40 Prozent der Menschen auf der Flucht von Ländern aufgenommen, die selbst von Nahrungsmittelkrisen betroffen sind. Die Aufgabe der Vertragsstaaten des Pariser Klimaabkommens auf der COP muss sein, auch diese Dynamiken in den Prozess mit einzubeziehen und im Dialog mit betroffenen Ländern nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

Teil der vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Leitlinien zu einer feministischen Außenpolitik ist, sich weltweit für die Überwindung von Diskriminierung einsetzen und auf gleichberechtigte gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Teilhabe hinzuwirken.

Die Klimakrise verursacht und verstärkt Konflikte und stellt damit Gesellschaften vor große Herausforderungen, die nicht nur technischer Natur sind, denn die Anpassungsfähigkeit von Gesellschaften

hängt von der Fähigkeit zu kollektivem Handeln ab. Korruption und eine starke Ungleichheit erhöhen das Risiko für lokale Bevölkerungen, Klimakatastrophen und Shrinking Spaces machtlos gegenüberzustehen. Mehrfach marginalisierte Personengruppen sind besonders betroffen von der Klimakrise und sind vulnerabler im Kontext von Klimakatastrophen. Gendersensible politische Maßnahmen erhöhen die Effektivität von Klimaschutz und sind daher notwendig, um das 1,5 °C-Ziel wieder möglich zu machen, denn Maßnahmen für den Klimaschutz profitieren von einem gemeinsamen Dialog und einer ganzheitlichen Partizipation der Gesellschaft.<sup>38</sup>

Sowohl staatliche Institutionen wie auch zivilgesellschaftliche Gruppen profitieren von einem gemeinsamen Dialog und einer starken Partnerschaft. Die Stärkung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen ist elementar, um soziale Krisen abzufedern, die aus multiplen Krisen resultieren. Auf der COP muss die Bundesregierung für die Stärkung von Zivilgesellschaft und marginalisierten Personengruppen weltweit einstehen und diese in Verhandlungen einbinden.

Die Klimakrise stellt die menschliche Sicherheit auf der ganzen Welt in Frage. Das erfordert ein neues Verständnis von internationaler Sicherheitspolitik.

Die Mitglieder der AG positionieren sich überwiegend als *weiß* und akademisch. Es sind wenige Stimmen von queeren Menschen und Menschen mit Rassismuserfahrungen in der AG vertreten. Trotz einer relativ homogenen Zusammensetzung der AG gibt es eine starke Auseinandersetzung mit Fragen von Intersektionalität und der sozialen Dimension der Klimakrise.

<sup>38</sup> Siehe: IPCC AR6 SYR: "Drawing on diverse knowledge and partnerships, including with women, youth, Indigenous Peoples, local communities, and ethnic minorities can facilitate climate resilient development and has allowed locally appropriate and socially acceptable solutions"

## Autor:innen

### Arbeitsgemeinschaft Jugend & Klimaaußenpolitik

Mitarbeit: **Sebastian Pieper, Dr. Sabrina Schulz**

### AG-Mitglieder in der Redaktion:

**Annka Esser**, Jugendnetzwerk Lambda  
**Carla Kienel**, Naturschutzjugend im NABU  
**Dante Davis**, BUNDjugend  
**Fidelis Stehle**, Katholische Junge Gemeinde  
**Leon Janas**, BUNDjugend  
**Line Niedeggen**, Fridays for Future  
**Linus Steinmetz**, Fridays for Future  
**Luis Lütkehellweg**, Katholische  
Landjugendbewegung Deutschlands  
**Romie Niedermayer**, Klimadelegation  
**Samira Ghandour**, Fridays for Future  
**Sophia Hellemeier**, Klimadelegation (Stellvertreterin)

## Projektträger

### DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

Das **Progressive Zentrum** ist ein unabhängiger und als gemeinnützig anerkannter Berliner Think Tank. Wir entwickeln und debattieren Ideen für den gesellschaftlichen Fortschritt – und bringen diejenigen zusammen, die sie in die Tat umsetzen. Unser Ziel als Think Tank: das Gelingen einer gerechten Transformation. Hierzu arbeiten wir unter anderem im Schwerpunkt „Resiliente Demokratie“. Wir sind überzeugt: Zur Zukunftsfähigkeit der liberalen Demokratie gehört es, angesichts neuer Herausforderungen dazuzulernen, Grundfesten zu verteidigen und sie kontinuierlich zu (re-)demokratisieren. Seit dem Jahr 2007 setzen wir mit unseren Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Gefördert durch:



Auswärtiges Amt Federal Foreign Office

## Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e. V., 2023  
Veröffentlicht im November 2023

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert  
c/o Das Progressive Zentrum e. V.  
Werftstraße 3, 10577 Berlin

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)  
[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)

Vorstand: Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller,  
Joachim Knodt

Geschäftsführung: Dominic Schwickert &  
Paulina Fröhlich

Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats:  
Prof. Dr. Anke Hassel

Layout: Łukasz Czeladziński,  
basierend auf einem Design von Daniel Menzel

Coverfoto: Karolina Grabowska, pexels



# Climate Connaction

 DPZ\_Berlin

 Das Progressive Zentrum

 dpz\_berlin

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)